

Die Ausschlußlogik des kapitalistischen Weltmarktes und das Projekt der Befreiung

Franz J. Hinkelammert, Costa Rica

Im Laufe der 70er und 80er Jahre dieses Jahrhunderts wird in Lateinamerika eine steigende Tendenz zu einer Ausschlußlogik des kapitalistischen Weltmarktes sichtbar. Die Arbeitslosigkeit hört auf, zyklisch zu sein, und geht in eine strukturelle Arbeitslosigkeit mit steigender Tendenz über. Da die Arbeitslosigkeit strukturell ist, führt sie zu einem wachsenden Sektor marginalisierter Produzenten, der heute vielfach als informeller Sektor bezeichnet wird.

Es handelt sich um eine Tendenz, die in der gesamten Dritten Welt gegenwärtig ist und die sich, wenn auch in geringerem Maße, in den ehemals sozialistischen Ländern und selbst in der Ersten Welt bemerkbar macht.

In Lateinamerika kann man diese Ausschlußtendenz, ausgehend von der Entwicklungspolitik der 50er und 60er Jahre, ihren Krisen und ihrer Ersetzung durch die neoliberale Wirtschaftspolitik, analysieren.

Unsere Analyse geht von der Entwicklungsproblematik Lateinamerikas aus.

I. Die Etappen der wirtschaftlichen Entwicklung

In der Entwicklung Lateinamerikas nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es einen klaren Schnitt. Er ist bestimmt durch den Übergang von der Entwicklungswirtschaft der 50er und 60er Jahre (Importsubstitution, *desarrollismo*) hin zur Exportwirtschaft (seit 1982 immer mehr als Schuldenzahlungswirtschaft). Dieser Schnitt bestimmt gleichzeitig das Ende einer bestimmten Politik der wirtschaftlichen Integration (ALALC = lateinamerikanische Zollunion, Andenpakt, Zentralamerikanischer Gemeinsamer Markt). Im Laufe der 80er Jahre taucht dann ein anderer Typ von Integration auf (insbesondere Freihandelszonen).

a. Die Entwicklungspolitik der 50er bis zu den 70er Jahren

Die Entwicklungspolitik dieser Jahre nimmt als Beispiel den Wohlfahrtsstaat, wie er sich in dieser Zeit in Westeuropa herausbildet (vor allem die Beispiele Belgien, Schweiz, Westdeutschland). Sie sieht die Entwicklung als industrielle Entwicklung,

von der erwartet wird, daß sie eine immer größere Menge von Arbeitskräften absorbieren wird, was dann mit einem steigenden Lohnniveau (daher mit einem Anstieg der unteren Einkommen) verbunden sein sollte. Es gibt eine Umverteilungspolitik des Volkseinkommens und neue Sozialgesetze (Erziehungssystem, Altersversicherung, Wohnungsbauprogramme). Man versucht, den Reformkapitalismus, wie er in Westeuropa entstanden war, nach Lateinamerika zu übertragen, indem man diese Politik durch die Politik der Importsubstitution ergänzte, die von öffentlichen Planungsinstitutionen und durch öffentliche Investitionen (Energiebereich, Stahlproduktion, Zement, Petroleum) durchgesetzt wurde.

Diese Entwicklungsanstrengungen machten die Abhängigkeit dieser Länder von den Ländern des Zentrums spürbar. Die Entwicklung verstand man daher als Unabhängigkeit (als aktive und bedingte Integration in den Weltmarkt). Die Dependenztheorie begleitete diese Bemühungen. Sie entsteht in den 50er Jahren in der CEPAL, der lateinamerikanischen Regionalorganisation der UNO, aber der Name stammt aus den 60er Jahren, als sich das Bewußtsein der Dependenz in Lateinamerika verallgemeinerte (in internationalen Organismen, Regierungen, Volksorganisationen und den Universitäten). Man spricht von Abhängigkeit, weil man sie erfährt, indem man die Unabhängigkeit zu verwirklichen versucht.

Die Integrationsprozesse dieser Periode sind durch die Industrialisierungspolitik bestimmt, die die Integration als einen Weg zur Unabhängigkeit versteht. 1968 wird der Andenpakt gegründet (Mitglieder sind Chile, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela). Sein zentrales Ziel ist die Verteidigung gegenüber den negativen Auswirkungen des Auslandskapitals (Begrenzung der Gewinntransfers und Förderung einer eigenen technologischen Entwicklung). Die CEPAL hatte diesen Pakt angeregt. Der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt ging in eine ähnliche Richtung. Die Gründung der zentralamerikanischen Bank (BCIE) sollte den Einfluß ausländischer Kredite auf Zentralamerika verringern. Alle diese Integrationsbestrebungen versuchen, nach außen hin gemeinsame Zollgrenzen zu schaffen und eine komplementäre Industrialisierung zwischen den Mitgliedern zu verwirklichen. Dies ist selbst das Ziel der ALALC, einer lateinamerikanischen Zollunion, dem schwächsten Organismus der Integration, der gegründet wurde.

Mit der Krise der Importsubstitution werden allerdings viele dieser Bemühungen hinfällig. Einige der Gründe dieser Krise sind:

1. In den 60er Jahren wächst die Industrie noch mit hohen Wachstumsraten, aber es handelt sich zunehmend um ein Produktivitätswachstum. In bezug auf die Beschäftigung verliert sie ihre Dynamik. Dies führt zu einer Tendenz sinkender Reallöhne.

2. Die Agrarproduktion beschäftigte immer noch den größeren Teil der Arbeitskraft. Mit zunehmender Technifizierung der Landwirtschaft werden zunehmend Arbeitskräfte freigesetzt. In der Periode, als diese freigesetzte Landbevölkerung in die Städte wandert, hört die Industrie auf, zusätzliche Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Elendsviertel, in denen sich die von der sozialen Arbeitsteilung ausge-

schlossene Bevölkerung konzentriert, bersten fast.

3. Die neuen Importsstitutionen beziehen sich immer mehr auf Produkte intensiver Technologie. Daher werden sie vor allem vom Auslandskapital übernommen. Es entsteht kein nationaler (unabhängiger) Kapitalismus. Das Auslandskapital führt Technologietransfers durch, fördert aber keineswegs eine unabhängige technologische Entwicklung der lateinamerikanischen Länder.

4. Das industrielle Auslandskapital beteiligt sich nur schwach an den Exportbemühungen, es konzentriert sich vorzugsweise auf den inneren Markt. Je mehr es herrschend ist, desto weniger ist die Industrie fähig, durch Industrieexporte Devisen zu erzeugen. Die Exporte traditioneller Art können nicht mit dem industriellen Wachstum Schritt halten, so daß eine strukturelle Devisenknappheit entsteht. Das Ergebnis ist die Auslandsverschuldung, die sich - auf diesem Hintergrund - vor allem aus den Gewinntransfers des Auslandskapitals erklärt.

b. Die Diktaturen der Nationalen Sicherheit und die Verwandlung der Wirtschaften Lateinamerikas in Exportwirtschaften

Als Ergebnis dieser Krise tritt die Exportwirtschaft an die Stelle der Entwicklungswirtschaft. Der erste bedeutende Fall ist Chile nach dem Militärputsch, besonders ab 1976.

Man hört in dieser Zeit auf, von »Entwicklung« zu sprechen - in der Sprachregelung der reagonomics existiert dieses Wort nicht mehr. Es wird durch das Sprechen vom Markt und seiner Öffnung ersetzt. In Lateinamerika wird von Neoliberalismus gesprochen, auch wenn zwischen dieser neuen Politik und den neoliberalen Denkvorstellungen keineswegs eine Identität besteht. Von 1982 an, dem Jahr, in dem die Verschuldungskrise ausbrach, wird diese Exportwirtschaft in ganz Lateinamerika eingeführt und verallgemeinert. Dennoch beweist der Fall Chile, daß die Auslandsverschuldung keineswegs der einzige oder wichtigste Grund für die Veränderung war. Die Auslandsverschuldung und die daraus resultierende absolute Abhängigkeit der lateinamerikanischen Schuldnerländer war vielmehr der Hebel, der es erlaubte, diese neue Wirtschaftspolitik dem ganzen Kontinent und sogar der ganzen Dritten Welt homogen aufzuzwingen. Ein ähnlicher Prozeß läuft zur Zeit in Osteuropa ab.

Man spricht vermutlich nicht mehr von Abhängigkeit, unter dem Vorwand, die Dependenztheorie der 60er Jahre habe sich als falsch erwiesen. In Wirklichkeit war die Abhängigkeit absolut geworden und hatte zu einer absoluten Unterwerfung geführt, so daß man nicht einmal mehr Raum fand, sich weiterhin über diese Abhängigkeit zu äußern. In Wirklichkeit bezeugte die Dependenztheorie der 60er Jahre, daß es noch Räume für Unabhängigkeit gab. Man hört auf, von Abhängigkeit zu sprechen, wenn diese absolut geworden ist (vgl. den Fall von John Biel in Costa Rica 1988). Indem man die absolute Unterwerfung sucht und sie verinnerlicht, hat man von der Abhängigkeit kein Bewußtsein mehr. Deswegen unterbindet man, daß

von ihr gesprochen wird.

Die neoliberale Wirtschaft - Schuldenzahlung und Export - löst keineswegs die Krise, in die die Entwicklungswirtschaft geraten war. Sie führt sie vielmehr zum Extrem. Mit dem Ende der Industrialisierungspolitik wird ein großer Teil der nationalen Industrien aufgelöst. Die Schuldenzahlungen zahlen Entwicklungs»hilfen«, und sie zerstören die Entwicklung, die man mit diesen Hilfen finanziert hatte, um damit dann die Hilfen zu bezahlen. Man verzichtet daher auf eine Politik der systematischen Förderung von Industrieexporten, um wiederum die Exportanstrengungen auf Exporte traditionellen Typs (Agrarprodukte und Rohstoffe) zu konzentrieren (man spricht allerdings von nicht-traditionellen Exporten in den Fällen, in denen diese Art Güter exportiert werden, sofern sie vorher noch nicht exportiert wurden. In Costa Rica behandelte man sogar den Export von Kakao als nicht-traditionellen Export, obwohl er ein Produkt ist, das ursprünglich aus Mexiko und Zentralamerika stammt).

Ebenso verzichtet man auf den Wohlfahrtsstaat und seine Reformen: Soweit man kann, privatisiert man das Erziehungs- und Gesundheitssystem, die Altersversicherung, die traditionellen landwirtschaftlichen Eigentumssysteme und die aus den vorherigen Agrarreformen hervorgegangenen Eigentumsformen. Man hört auf, ein Wirtschaftswachstum zu suchen, das fähig wäre, durch seine Zugkraft die Arbeitskraft des Landes wirtschaftlich zu integrieren. Die neoliberale Politik erklärt sich vielmehr für nicht verantwortlich für das Schicksal der Ausgeschlossenen und der Marginalisierten. Man spricht ihnen vielmehr selbst die Schuld für ihr Scheitern zu.

Dennoch sieht der Neoliberalismus weiterhin - im Namen der Effizienz - das Wirtschaftswachstum als solches als den Schlüssel der Wirtschaft an. Es handelt sich aber jetzt um ein Wachstum, das sich von den Exporten des traditionellen Typs ableitet, während die Politik der unbeschränkten Marktöffnung de facto auf eine Industrialisierungspolitik und daher auf eine Förderung von Industrieexporten verzichtet. Teilweise industrialisiert man Exportprodukte traditionellen Typs, verzichtet aber auf die Förderung von Industrien.

Damit ergibt sich ebenfalls ein neues Schema für die wirtschaftliche Integration. Diese Integration ist besser als »Freihandelszone« beschrieben. Die Bewegungsfreiheit der Personen wird immer mehr beschränkt, während eine absolute Bewegungsfreiheit für Waren und Kapital gilt. Während in dem vorherigen Integrationsschema die Integration für eine autonome Industrialisierung in bezug auf die industrialisierten Länder der Ersten Welt (in dieser Zeit verglich man die Integration mit der Situation von Hühnern, die sich zusammenschließen, um den Fuchs nicht hereinzulassen) Räume schaffen sollte, so schafft jetzt die Integration eine Freihandelszone für die industrialisierten Länder, die die anderen Länder jetzt im Namen der Integration überrollen können. Die Freihandelszonen sind Einflußzonen der bestehenden Wirtschaftsmächte (man könnte sie jetzt mit Hühnern vergleichen, die vom Fuchs organisiert werden unter dem Motto: jeden Tag ein Hühnchen).

Es gibt weiterhin Versuche zu einer autonomen Integration, aber sie stoßen jetzt mit der Position der USA wie auch mit den Interessen der herrschenden Klassen in diesen Ländern zusammen. Daher sind sie sehr schwach und anfällig (so der Mercomún, der zwischen Brasilien, Uruguay, Paraguay und Argentinien begründet wurde, aber auch der Versuch einer Neukonstitution des Zentralamerikanischen Gemeinsamen Marktes auf der Basis einer politischen Integration Zentralamerikas, der besonders von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unterstützt wird, von dem aber Costa Rica sich bislang ausschloß). Als Vergleich könnte man die Europäische Gemeinschaft als einen Raum politischer und wirtschaftlicher Integration diskutieren. Da sie die Mobilität der Menschen mit einschließt, zwingt sie zu einem bestimmten Grad von Solidarität zwischen allen Teilnehmern, damit die Unterschiede zwischen ihnen nicht allzu groß werden. Die Freihandelszonen aber machen gerade diese Mobilität der Menschen unmöglich. Indem sie die Menschen gefangen setzen, befreien sie die Waren und das Kapital.

Folgende Ergebnisse sind heute sichtbar:

1. Das Wirtschaftswachstum wird auf jene Möglichkeiten reduziert, die sich aus den Exporten traditionellen Typs ableiten.
2. Der Freihandel macht die Entstehung von Industrien unmöglich, die im Weltmarkt konkurrenzfähig sein könnten.
3. Der Ausschluß eines großen Teils der Bevölkerung von jeder Möglichkeit, jemals in das Wirtschaftssystem formal integriert werden zu können, wird einfach festgeschrieben.
4. Der Verzicht auf einen demokratischen Konsens, der sich auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse stützen müßte.
5. Die Notwendigkeit der Zerstörung der Volksorganisationen und die Zerstörung des Staats, wie er aus dem Reformkapitalismus entstanden war.

Diese Ergebnisse machen sichtbar, daß die neoliberale Politik nicht eines der Probleme gelöst hat oder lösen kann, die sich aus der Krise der Entwicklungswirtschaften der 60er Jahre und der Importsubstitution ergeben hatten. Sie hat vielmehr die Entwicklungskrise deshalb verschärft, weil sie gar nicht darauf geantwortet hat.

II. Von der auf Konsens beruhenden Demokratie zur Demokratie der Nationalen Sicherheit

Bis in das 20. Jahrhundert hinein ist die liberale Demokratie autoritär (Klassenwahlrecht, Sklaverei, Rassentrennung usw.). Die liberale Massendemokratie entsteht erst im 20. Jahrhundert, und zwar nach dem Ersten Weltkrieg. Seit dem Zweiten Weltkrieg beruht sie auf dem sogenannten Wohlfahrtsstaat. Sie gründet sich auf einen demokratischen Konsens, der - zumindest tendenziell - durch die Befriedigung der Grundbedürfnisse aller abgestützt wird.

Indem die neoliberale Politik mit diesem Konsens bricht, kann sie auch nicht weiterhin auf der liberalen Massendemokratie gründen. Sie wird fast überall durch totalitäre Diktaturen der Nationalen Sicherheit durchgesetzt. Später, insbesondere in den 80er Jahren, wird die neoliberal geprägte Gesellschaft durch Regierungen demokratisiert, die weiterhin die Machtstrukturen der Nationalen Sicherheit aufrechterhalten. Es wird eine Trennung von Demokratie und Menschenrechten durchgesetzt (die Menschenrechte werden als Eigentumsrechte definiert: über Sachen, über die eigenen Gedanken, über den eigenen Körper. Sie schließen jedwede Solidarität aus). Die Folter und das Verschwindenlassen von Menschen werden mit der Demokratie verträglich, diese trennt sich weitgehend von klassischen Menschenrechten. Es entstehen Demokratien der Nationalen Sicherheit. Die Demokratie von Honduras ist ein extremer Fall, der sie aber gerade erläutern kann. Während der Militärdiktaturen der 70er Jahre in Honduras wurden die grundlegenden Menschenrechte weitgehend geachtet. Mit der Demokratisierung von Honduras Anfang der 80er Jahre begann dort die Politik der Nationalen Sicherheit und daher die systematische Verletzung der Menschenrechte, mit dem Verschwindenlassen von Personen, systematischer Folter, geheimen Friedhöfen usw. Dennoch zweifelte unsere öffentliche Meinung nicht daran, daß das Land demokratisiert war.

Diese neue Form von Demokratie gründet sich ideologisch auf der Negation jedweder Alternative zu den herrschenden Zuständen, daher auf der Negation jedweder Hoffnung. Es entsteht eine Gesellschaft, die darauf besteht, daß es für sie keine Alternative gibt. Sie stabilisiert die Gesellschaft mit Hilfe der Hoffnungslosigkeit, im Unterschied zu den 50er und 60er Jahren, die ihre Gesellschaften durch eine - häufig durchaus manipulierte - Hoffnung stabilisierten.

Hierfür ist der Zusammenbruch des Historischen Sozialismus von entscheidender Wichtigkeit gewesen. Der historische Sozialismus - auch ein Typ von »Wohlfahrtsgesellschaft« - bricht in dem gleichen Zeitraum zusammen, in dem der Reformkapitalismus in Lateinamerika (und in den USA, mit ähnlichen Tendenzen auch in Westeuropa) zusammenbricht. Die Negation jedweder Alternative - die Hoffnungslosigkeit - überzeugt. Hierauf gründet sich die Legitimität der Demokratie der Nationalen Sicherheit. Toffler beschreibt diese Situation auf folgende Weise:

»The new economic imperative is clear: Overseas suppliers from developing countries will either advance their own technologies to meet the world speed standards, or they will be brutally cut off from their markets - casualties of the acceleration effect.« (S. 38)

»This is the »fast« economy of tomorrow. It is this accelerative, dynamic new wealth-machine that is the source of economic advances. As such it is the source of great power as well. To be de-coupled from it is to be excluded from the future. Yet that is the fate facing many of today's »Ldcs« or »less developed countries«.

As the world's main system for producing wealth revs up, countries that wish to sell have to operate at the pace of those in a position to buy. This means that

slow economies will have to speed up their neutral responses, lose contracts and investments, or drop out of the race entirely.«¹ (S. 36)

Die Kultur der Hoffnungslosigkeit und die psychologische Kriegsführung

Dies ist der Hintergrund der Kultur der Hoffnungslosigkeit. Sie durchdringt heute unsere gesamte Kultur, nicht nur die Volkskultur. Außerdem ist sie nicht schlechthin unsere gegenwärtige Kultur. Es gibt hingegen eine systematische Tätigkeit, um aus der Kultur der Hoffnungslosigkeit die herrschende Kultur zu machen, und es gibt sehr viele Erfolge in dieser Richtung. Diese Kultur der Hoffnungslosigkeit durchdringt ganz ebenso die herrschenden Gruppen, um ihre Kultur der Herrschaft zu definieren: sie wird immer mehr zu einer Kultur des Heroismus des kollektiven Selbstmords. Als solche tritt sie heute immer mehr auf. Dies zeigt die Rückkehr der Philosophie von Nietzsche und Ernst Jünger als ihrer Klassiker, Jorge Luis Borges, Mario Vargas Llosa, Octavio Paz als ihrer gegenwärtigen Vertreter.

Im Volk hingegen fördert die Kultur der Hoffnungslosigkeit die Anomie, untergräbt die sozialen Beziehungen und leistet dem Verbrechen Vorschub. Das Rauschgift ist Teil dieses Phänomens.

In den 50er und 60er Jahren entstanden die revolutionären und Klassenbewegungen und die Orientierung auf eine neue, andere Gesellschaft aus der Kultur der Hoffnung jener Zeit. Diese Kultur formulierte eine Hoffnung oder manipulierte sie, hatte aber in jedem Fall in ihr ihre Grundlage. Die fast allgemeine Zerstörung der Volksbewegungen und des interventionistischen Reformstaates zerstörten auch diese Kultur und leiteten ihre Überzeugungskraft insbesondere aus der Krise des Sozialismus in Osteuropa ab. Die Kultur der Hoffnungslosigkeit gründet auf der Behauptung, daß es keine Alternative gibt. Daraus folgt, daß man ein Chaos und die Anomie verwalten kann, die daher jetzt systematisch gefördert werden.

Man entdeckte, daß nicht nur die Organisierung der Hoffnung Stabilität gibt, wie dies in den 50er und 60er Jahren der Fall war. Scheinbar schafft die Kultur der Hoffnungslosigkeit eine sogar noch festere Stabilität. Je größer die Hoffnungslosigkeit ist, um so weniger Opposition entsteht, weil man einer möglichen Opposition überhaupt keinen Sinn geben kann. Die sozialen Beziehungen zerfallen, aber mit ihnen zerfällt die Persönlichkeitsstruktur der Menschen selbst. Sie können sich noch gegenseitig zerstören, aber können keine strukturellen oder systematischen Veränderungen mehr hervorbringen. Die Kultur der Hoffnungslosigkeit läßt keine neuen Gesellschaftsprojekte mehr entstehen; denn niemand ist fähig, sie glaubhaft zu formulieren, wenn niemand an die Möglichkeit einer Alternative zu diesem Auflösungsprozeß glaubt.

Indem die Hoffnung zerstört wird, ist die sich ergebende politische Anomie stabil. Zentralamerika entstand durch Bürgerkriege und durch den Staatsterrorismus, sei dieser nun gegenwärtig oder als Androhung seiner Rückkehr vorhanden. An die Stelle der Hoffnung tritt das »Rette sich, wer kann«, das »nach uns die

Sintflut«. Es handelt sich um eine Situation, in der jeder sich dadurch zu retten versucht, daß er verhindert, daß der andere sich ebenfalls retten kann.

So entstehen Demokratien, deren Regierungen in keinem Sinne noch souverän sind. Die Souveränität haben die Zentren des Staatsterrorismus, denen gegenüber die gewählten Regierungen versuchen, eine relative Autonomie zu wahren. Als 1989 in Uruguay ein Plebiszit über die Amnestie für die Militärs stattfand, sicherte die Drohung einer Rückkehr dieser Militärs an die Regierung eine Mehrheit für die Amnestie, obwohl wahrscheinlich tatsächlich die Mehrheit dagegen war. Wo Wahlen nicht nach Wunsch ausgehen (wie bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Mexiko und in der Dominikanischen Republik), organisiert man den Wahlbetrug und kann dabei mit der Unterstützung aller westlichen Demokratien rechnen. Dieser Wahlbetrug stabilisiert, weil man weiß, daß es zu ihm keine Alternative gibt. In den folgenden Wahlen wird die Mehrheit so wählen, wie man es von ihr verlangt.

Die Regierungen übernehmen keine Verantwortung für die Aktivitäten ihrer eigenen Repressionsorgane. Diese sind den Regierungen gegenüber souverän. Als der Militärapparat in El Salvador im Jahre 1989 eine ganze Jesuitengemeinschaft ermordete, fühlte sich die Regierung nicht verantwortlich, und niemand machte sie verantwortlich. Dies geschah immerhin in einer westlichen Demokratie.

Innerhalb dieser durch die Förderung der Anomie erzeugten Stabilität verwandeln sich die Volksrebellionen in irrationale Bewegungen, die letztlich keinen Sinn haben. Die Rebellion vom Februar 1989 in Caracas war eine solche Bewegung ohne Sinn, die durch ein Massaker an tausenden von Personen durch die Militärs beendet wurde. Tausende von Toten haben niemanden bewegt und waren schließlich kaum eine Nachricht wert. Das Gleiche wiederholte sich anläßlich der US-Militärintervention in Panama.

Wenn die Völker durch Hoffnungslosigkeit geprägt sind, übergeben sie sich als Opfer oder explodieren in einem Ausbruch von Rebellion, deren Unterdrückung überhaupt keine Spuren hinterläßt. Aber ob sie das eine oder das andere tun, das Fehlen der Hoffnung führt immer in die Nähe von selbstmörderischen Aktionen, die die andere Seite des Heroismus des kollektiven Selbstmords von Seiten der herrschenden Klasse ist. Die Demokratien entwickeln daher keine demokratische Kultur, sondern eine Kultur der Präpotenz. Wahlen kann man nicht verlieren, wenn die Macht - die einzige Alternative, zu der es keine andere gibt - nicht zur Wahl steht. Die Regierungen verwalten despotische Gewalten (seien sie intern oder extern), die sie nicht kontrollieren können, sondern von denen sie kontrolliert werden.

Heute ist diese Kultur der Hoffnungslosigkeit der Hintergrund, auf dem sich alle Volkskultur entwickeln muß. Daher sind heute die Volksbewegungen in Lateinamerika durch Organisationen geprägt, die nicht die geringste Verhandlungsmacht haben. Die klassischen Volksorganisationen wie Gewerkschaften, Genossenschaften, Nachbarschaftsorganisationen, politische Parteien usw. spielen eine

zweitrangige Rolle und haben fast keine Stimme. Es gibt fast keinen Streik, dessen Unterdrückung nicht zu Toten führt. An Stelle dieser Organisationen erscheinen an erster Stelle Organisationen zur Verteidigung der Menschenrechte, kirchliche Gruppen oder symbolische Aktionen wie die der Mütter vom Maiplatz in Buenos Aires. Es handelt sich um defensive Versuche, den Staatsterrorismus zu begrenzen, der auch dort, wo er nicht offen ausgeübt wird, die erste politische Macht in Lateinamerika bleibt.

Wo die Kultur sich nicht einfach der Kultur der Hoffnungslosigkeit übergibt, ist sie heute eine Kultur von Opfern, die Widerstand leisten und es ablehnen, die Schuldigen zu sein. Sie ist eine Kultur des Überlebens der Menschenwürde, nicht der Macht. Dies ist die letzte Grenze, die man verteidigt, um nicht aus der Hoffnungslosigkeit in die Verzweiflung zu fallen.

a. Alternativen?

Die neoliberale Wirtschaft macht aus der Wettbewerbsfähigkeit der Märkte durch rein prinzipalistische Deduktion ihr einziges und wichtigstes Kriterium. Von ihm aus verurteilt sie zum Tode und sagt sich von der Verantwortung für die Ausgeschlossenen und Marginalisierten ebenso wie für die Natur los. Diese Wettbewerbsfähigkeit unterliegt heute - als seine Bedingung - dem wirtschaftlichen Wachstumsprozeß, und der Wachstumsprozeß wird als ihr Ausdruck interpretiert. Wachstum zu haben gilt daher als Beweis dafür, daß man wettbewerbsfähig ist. Ist die Marktfreiheit hergestellt, kann niemand kaufen und/oder verkaufen außer unter der Bedingung der Wettbewerbsfähigkeit.

Allerdings können die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum immer weniger den Einschluß aller in den Wirtschaftsprozeß sichern. Sie haben nicht die Zugkraft, um Arbeit für alle auf einem menschenwürdigen Lohnniveau zu sichern. Je mehr sich die technische Komplexität erhöht, desto mehr werden die zurückgebliebenen Wirtschaften von der Möglichkeit ausgeschlossen, dieses Niveau je zu erreichen. Und immer mehr schränken die Umweltbedingungen die Möglichkeiten ein, am Wachstumsrennen teilzunehmen.

Auf diese Weise untergräbt die neoliberale Wirtschaft das Leben des Menschen und der Natur. Sie vergißt, daß eine Arbeit, die unter Bedingungen produziert, die nicht wettbewerbsfähig sind, weiterhin eine Arbeit ist und daß ein Produkt, das unter Bedingungen produziert wird, die nicht wettbewerbsfähig sind, weiterhin ein Gebrauchswert ist. Weizen, der unter Bedingungen produziert wird, die nicht wettbewerbsfähig sind, ernährt, und ein Mantel, dessen Produktion nicht wettbewerbsfähig ist, wärmt. Kann man nicht unter wettbewerbsfähigen Bedingungen produzieren, so muß man eben unter Bedingungen produzieren, die nicht wettbewerbsfähig sind. Soweit es eine Alternative gibt, müßte man sie hier suchen.

Dies ist nicht die einfache Rückkehr zur Entwicklungspolitik der 50er und 60er Jahre. Diese setzte trotz allem die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wachstums

voraus, dessen Zugkraft imstande war, die gesamten Arbeitskräfte zu integrieren und das auf dieser Basis einen Wohlstandsstaat zu unterhalten vermochte. Dies hat sich als eine Illusion herausgestellt, die verloren gegangen ist. Sowohl wegen der Unmöglichkeit, daß alle Länder das technologische Niveau der heute entwickelten Länder je erreichen können, wie auch wegen der Begrenzung der natürlichen Ressourcen ist es nicht mehr möglich, eine solche Lösung zu finden.²

Wir können hier nur einige Richtungen andeuten, in denen heute Lösungen zu suchen wären. Es ist notwendig:

1. Die Rolle der Wettbewerbsfähigkeit zu relativieren.
2. Entwicklungsräume zu fördern, innerhalb derer die Beschäftigung und die Einkommensverteilung nicht mehr als indirekte Konsequenz des wirtschaftlichen Wachstums erwartet werden.
3. Alles wirtschaftliche Wachstum der Grundbedingung der Reproduktion der Natur zu unterwerfen.

Wirtschaftsräume, die diese Aufgabe lösen könnten, setzen einen neuen Typ wirtschaftlicher Integration voraus, die weder die Europäische Gemeinschaft noch die Integration zur wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie in Lateinamerika in den 50er und 60er Jahren stattfand und erst recht nicht die gegenwärtige Integration durch Freihandelszonen durchgeführt haben. Es handelt sich aber um eine Aufgabe, deren Lösung das Überleben der Menschheit sichert.

b. Die Utopie und die Kunst des Möglichen

Heute ist jede Alternative unmöglich. Nicht etwa, weil es keine Alternativen gibt, sondern weil es Mächte gibt, die fähig und dazu entschieden sind, jede Alternative zu zerstören. Orientiert man daher die Möglichkeiten von Befreiungsprojekten an diesem Kriterium, dann ist nichts möglich. Es gibt dann auch keine Alternative. Es gibt klare Beispiele. Die Unidad Popular in Chile wurde zerstört, der Frente Sandinista in Nicaragua fiel als Ergebnis eines langen und blutigen Krieges, den das Imperium auslöste, und als Ergebnis einer unbegrenzten wirtschaftlichen Blockade. Kuba versucht, weiterzubestehen, aber es lebt seit 30 Jahren unter einem vom Imperium aufgezwungenen Belagerungszustand, der nie so erdrückend war wie heute.

Jedes Befreiungsprojekt steht heute vor dieser Unmöglichkeit. Wenn Politik als Kunst des Möglichen die Anpassung an diese Art Unmöglichkeit wäre, dann schlosse die Politik heute jede Suche nach Alternativen und ihre Verwirklichung aus. Politik wäre ein rein opportunistisches Verhalten, wie sie es heute in Lateinamerika weitgehend ist. Aber Politik ist Realismus und nicht Opportunismus. Realismus aber ist, das Unmögliche möglich zu machen. Daher ist Politik eine Kunst. Sie muß die Möglichkeiten offenlegen, um das Unmögliche möglich zu machen und es zu verwirklichen. Damit Politik realistisch ist, darf sie gerade nicht Realpolitik³, sondern muß Transformation der Wirklichkeit sein.

Dies zeigt bereits, daß jede Politik notwendig der Problematik des Unmöglichen gegenübersteht. Als Realpolitik definiert sie sich durch gesetzte Möglichkeiten, um sie aufzuzwingen oder sich ihnen anzupassen. Als politischer Realismus hingegen transformiert Politik Unmöglichkeiten in Möglichkeiten. In diesem Sinne gibt es ein politisches Projekt, das den Horizont der Befreiung hat. Dies heißt aber keinesfalls, daß jede beliebige Unmöglichkeit möglich gemacht werden kann. Jede Politik steht damit immer auch Unmöglichkeiten gegenüber, die keine menschliche Aktion möglich machen kann. Sie steht daher dem Utopischen gegenüber.

Unter dem Gesichtspunkt eines politischen Realismus beschreibt das Utopische jene Ziele, die nicht realisierbar sind, auch wenn sich die ganze Menschheit einstimmig entscheiden würde, sie zu verwirklichen. Es handelt sich um das Unmögliche, das jede menschliche Aktion transzendiert, so daß überhaupt keine Politik bestimmbar ist, um es möglich zu machen. Es handelt sich um Ziele, die alle menschliche Realität als gebrochene und kontingente Realität überschreiten, Ziele also, die jenseits der *conditio humana* liegen. Es ist Teil der politischen Weisheit, solche Ziele transzendentaler Unmöglichkeit beizeiten zu unterscheiden. Ihre Unmöglichkeit ist nämlich nicht theoretisch deduzierbar. Diese im transzendentalen Sinne unmöglichen Ziele sind nämlich logisch widerspruchsfrei und sogar wünschbar. Sie überschreiten aber die menschlichen Möglichkeitsgrenzen in dem Sinne, daß der Versuch, sie zu realisieren, die Möglichkeiten zerstört, sie verwirklichen zu können. Es handelt sich um Ziele menschlicher Vollkommenheit, die alle menschlichen Werte in ihrem reinen und definitiven Zustand enthalten.

Die Unmöglichkeiten, die die Politik möglich machen muß, sind andere. Es geht dabei nicht um das Utopische als solches, sondern um einen zu erreichenden Zustand, den es noch nicht gibt, den es aber geben könnte. Wenn sich das Utopische durch Ziele definiert, die nicht einmal durch den einstimmigen Beschluß der ganzen Menschheit möglich gemacht werden können, so bezieht sich das politische Projekt auf Ziele, die möglich sind, wenn alle Beteiligten - im Extremfall ist das die ganze Menschheit - zu dem Entschluß kommen, sie möglich zu machen. Ihre Unmöglichkeit leitet sich davon ab, daß sich partikuläre Mächte einschalten, die die Verwirklichung solcher Ziele und Projekte nicht zulassen und die alle Macht nutzen, um sie zu verhindern und unmöglich zu machen. Diese Position der herrschenden Macht und die Unterwerfung unter sie wird als Realpolitik bezeichnet.

Gerade diese Art von Realpolitik handelt im Namen von utopischen Konstruktionen, die sie benutzt, um jede Alternative zu verdunkeln, die der herrschenden Macht gegenüber auftauchen könnte. Dies ist heute gerade wieder äußerst sichtbar im Utopismus des neoliberalen Denkens. Es ist ein Utopismus, der der Legitimierung des heutigen Imperiums unterliegt. Wenn Reagan die USA und ihr System als »leuchtende Stadt auf dem Berge« bezeichnete, so zitierte er bewußt eine Bezugnahme auf das tausendjährige Reich und das Neue Jerusalem, wie sie wörtlich so in der Johannesapokalypse benutzt wird. Reagan gibt damit diesem neoliberalen Utopismus den mythisch-religiösen Glanz des verwirklichten tausendjährigen

Reiches. Diese Form, politische Legitimität zu begründen, zielt immer auf den Anspruch einer absoluten Macht. Es ergibt sich eine »verfluchte Dialektik«, in der der Mensch um so glücklicher ist, je unglücklicher er gemacht wird. Es ist die Dialektik des »Je besser, um so schlechter«.

Eine analoge Benutzung dieser Utopie finden wir im Nazismus mit seinem »Tausendjährigen Reich« oder seinem »Dritten Reich«. Ähnlich war auch die Benutzung der Kommunismusvorstellung im Stalinismus. Besonders hierin zeigt sich, daß die Realpolitik Utopismus ist. Daher sieht sie sich immer einem »Reich des Bösen« gegenüber, in bezug auf welches sie sich selbst als »societas perfecta« darstellt und versteht. Als eine solche »societas perfecta« beansprucht sie daher, daß sie das Ende der Geschichte ist, da alle menschliche Zukunft in dieser »societas perfecta« bereits eingeschlossen ist. Die moderne Geschichte ist eine Geschichte von Gesellschaften, von denen sich jede im Namen der Realpolitik als »societas perfecta« vorstellt und den Anspruch erhebt, es zu sein. Jede behauptet, das Ende der Geschichte zu sein, so daß die Geschichte des 20. Jahrhunderts eine Geschichte von diversen Illusionen, das Ende der Geschichte zu sein, ist.

Politischer Realismus aber ist Transformation von Unmöglichkeiten in Möglichkeiten. Er enthält ein politisches Projekt und schließt daher die Befreiung von der »societas perfecta« mit ihrem respektiven Utopismus ein. Die »societas perfecta« ist ein Gefängnis der menschlichen Freiheit. Daher ist es gerade der politische Realismus, der zu Alternativen drängt, wenn im Namen der »societas perfecta« die Welt zerstört wird. Politischer Realismus muß heute eine Welt ins Auge fassen, in der jeder einzelne Mensch seine Lebensmöglichkeit innerhalb eines Rahmens sichern kann, der die Reproduktion der Natur sichert. Es ist realistisch, sich eine solche Welt zum Ziel zu setzen. Es sind gerade diejenigen, die die Möglichkeit einer solchen Welt ausschließen, die das Reagan'sche tausendjährige Reich erobert zu haben behaupten. Es sind diejenigen, die eine solche Welt, in der alle leben könnten, für unmöglich erklären und die alles tun, um eine solche Welt unmöglich zu machen.

Natürlich ist auch jeder politische Realismus ständig dem Problem und auch der Gefahr des Utopischen ausgesetzt. Niemand kann a priori wissen, welche politischen Ziele sich letztlich als utopisch herausstellen. Es gibt keine Sicherheit, die an die Stelle der Notwendigkeit politischer Weisheit treten könnte. Es gibt keine letztgültigen technischen Kriterien. Diese sind nur Hilfsmittel für die Urteilsbildung. Wo man aber diese notwendige politische Weisheit durch solch technische Kriterien ersetzen will, da tritt die Realpolitik mit ihrem Utopismus der »societas perfecta« und ihrem Anspruch, das Ende der Geschichte zu sein, auf.

Der politische Realismus bildet sich im Prozeß dieser Unterscheidung von utopischen Zielen von jenen unmöglichen Zielen, die die Politik in Möglichkeit zu verwandeln berufen ist. Hier bekommt die Utopie allerdings eine andere Bedeutung, als die Realpolitik ihr gibt: die Realpolitik als Politik der »societas perfecta« nimmt diese Perfektion als eine Garantie für die Gegenwart und für die Zukunft.

Sie spricht viel von der Kontingenz der Welt und vom Menschen als einem radikalen Sünder. Immer aber behauptet sie, in der Gestalt ihrer »societas perfecta« jenen Hebel zu besitzen, der es ihr erlaubt, sich außerhalb dieser Kontingenz der Welt zu stellen. Ein politischer Realismus kann so etwas niemals behaupten. Für ihn ist die Utopie eine Quelle von Vorstellungen, ein Bezugspunkt für das Urteil, eine Reflexion des Sinnes. Sie ist etwas, zu dem man sich mit Hilfe einer Aktion des politischen Realismus verhält, ohne jemals behaupten zu können, daß man sich durch asymptotische Annäherung darauf zu bewege, daß man sie jemals verwirklichen könnte, daß sie kalkulierbar zur Verfügung stünde oder daß sie gar schon als »societas perfecta« gegenwärtig sei. Sie ist, wie man es heute vielfach mit Hilfe eines Kantschen Begriffes sagt, »regulative Idee«⁴. Nur so kann man sichern, daß die Utopie nicht aufs neue zu einem Gefängnis wird, sondern eine Quelle des Lebens und der Hoffnung sein kann.

Anmerkungen

1. A. Toffler, Toffler's next shock. A dramatic »powershift« is coming, and all nations face one inescapable rule - the survival of the fastest. World Monitor, Nov. 1990.

2. Diese Behauptungen stimmen weitgehend mit dem Ergebnis des letzten Berichts des Club of Rome überein:

»Durch Marktwirtschaft allein lassen sich globale Probleme freilich nicht lösen, wenn diese einen langfristigen strategischen Ansatz erfordern oder es sich um Probleme der Verteilung handelt. Über den Markt allein können ferner auch die Probleme nicht gelöst werden, bei denen es um Energie, Umwelt, Grundlagenforschung oder Fairneß geht. - Diese Probleme können nur durch die Intervention des Staates angegangen werden, die auf politischen Prozessen basiert und Marktmechanismen häufig als Instrument staatlicher Planung einsetzt.« (S. 17).

»Die in der Marktwirtschaft wirksamen Kräfte können gefährliche Nebenwirkungen haben, weil sie nicht auf dem allgemeinen Interesse gründen.« (S. 17).

»... das Konzept (der dauerhaften Gesellschaft) ist utopisch, aber doch wert, daß man es verfolgt. Die dauerhafte Gesellschaft könnte niemals aus einer Weltwirtschaft hervorgehen, die ausschließlich auf die Kräfte des Marktes setzt, so wichtig diese auch für die Erhaltung von Vitalität und Innovationsfähigkeit sein mögen. Wie bereits erwähnt, reagieren die Kräfte des Marktes ausschließlich auf kurzfristige Signale ...« (S. 33).

Vgl. »Die globale Revolution«. Bericht des Club of Rome 1991. Spiegel Spezial. Hamburg 1991 (The First Global Revolution).

3. Seit Bismarck spricht man von Realpolitik, und besonders Kissinger war von ihr fasziniert. Realpolitik bedeutet hier, von seiten der herrschenden Macht her die Grenzen für alles Handeln den anderen aufzuzwingen. Realpolitik von seiten der Beherrschten ist es daher, diese aufgezwungenen Grenzen anzuerkennen und sich innerhalb der Möglichkeiten zu bewegen, die die herrschende Macht offen läßt.

4. Siehe hierzu insbesondere die Diskursethik von Apel und Habermas. Insbesondere K.-O. Apel, Ist die Ethik der idealen Kommunikationsgemeinschaft eine Utopie? Zum Verhältnis von Ethik, Utopie und Utopiekritik. In: W. Voßkamp (Hrsg.), Utopieforschung. Interdisziplinäre Studien zur neuzeitlichen Utopie (3 Bde.). Frankfurt 1985, Erster Band.